

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt



N I E D E R S C H R I F T

**01. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2014 - 2019**

Sitzungstermin: Dienstag, 06.08.2019
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:20 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943
Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Peter Gruschka

Mitglieder-

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Andreas Krüger

Herr Klaus-Werner Lehmann

Herr Gerhard Maetz

bis 20:59 Uhr

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Jochen Neumann

ab 18:32 Uhr

Herr Erik Scheidler

Frau Nadine Walbrach

Herr Michael Wessel

ab 18:56 Uhr

Verwaltung-

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Peter Mann

Herr Ingo Reinelt

Herr Jürgen Schmeier

Gast-

Jörn Blank

Markus Blümner

Aqua-Plan GmbH

Redeker Consult

Luckenwalde

JLL

Stefan Woyde

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.04.2019
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Information zur Anpassung der Bauleitplanung zur Bestandssicherung eines Einzelhandelsstandortes (Marktkauf)
6. Vorstellung der Vorplanung Anhaltstraße durch das Ingenieurbüro
7. Vorstellung der Vorplanung Rudolf-Breitscheid-Straße durch das Ingenieurbüro
8. Wahl 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter des Vorsitzenden
9. Beschlussvorlagen
- 9.1. Berufung sachkundiger Einwohner für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung B-7022/2019
- 9.2. Zwischenbilanz über die Realisierung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes und Notwendigkeit der Fortschreibung A-7001/2019
- 9.3. Klimanotstand - Fortschreibung Klimaschutz- und Energiekonzept A-7002/2019
10. Sitzungstermine 2. Halbjahr 2019
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 11.1. Straßenbaumaßnahme Arndtstraße F-7001/2019
12. Informationen der Verwaltung
- 12.1. Vorstellung von Arbeitsschwerpunkten im 2. Halbjahr 2019
13. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

14. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.04.2019
15. Feststellung der Tagesordnung
16. Beschlussvorlagen
- 16.1. P + R Bahnhofsumfeld II Los 3 Eiserner Zaun Vergabe Metallbauarbeiten B-7025/2019
- 16.2. Verkauf einer Teilfläche in Größe von ca. 575 m² des Grundstücks in Luckenwalde, Beelitzer Straße 24, Flur 5, Flurstück 482 B-7026/2019
- 16.3. Verkauf Grundstück in Luckenwalde, Heinrich-Zille-Straße 3 B-7028/2019
- 16.4. Verkauf Grundstück in Luckenwalde, Kesselweg, Flur 18, Flurstücke 289 + 290 B-7029/2019
- 16.5. Verkauf Grundstück in Luckenwalde, Kesselweg, Flur 18, Flurstücke 291 + 292 B-7030/2019
- 16.6. Verkauf Eigentumsanteil des Grundstücks in Luckenwalde, Käthe-Kollwitz-Straße 46, Gemarkung Luckenwalde, Flur 4, Flurstück 13 B-7031/2019
17. Anfragen von Ausschussmitgliedern
18. Informationen der Verwaltung
19. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 1. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind neun Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

Herr Ritter betont, im Namen der Fridays for Future Bewegung zu sprechen. Er kritisiert die Anträge zum Klimaschutz als verspätet und nicht weitreichend genug und spricht sich dafür

aus, diese nach hinten zu verschieben. Der Klimaschutz müsse ernster genommen und der Antrag der Fraktion DIE LINKE/BV sollte in den Finanzausschuss verwiesen werden.

Herr Neumann erscheint zur Sitzung.

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.04.2019

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

Frau Walbrach hätte es besser gefunden, wenn in der veröffentlichten Tagesordnung der Punkt 7 zur Vorplanung der Rudolf-Breitscheid-Straße einen konkreten Straßenabschnitt bezeichnet hätte.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 5. Information zur Anpassung der Bauleitplanung zur Bestandssicherung eines Einzelhandelsstandortes (Marktkauf)

Herr Woyde informiert zur Anpassung der Bauleitplanung zur Bestandssicherung eines Einzelhandelsstandortes (Marktkauf) (siehe Anlage 1).

Herr Wessel erscheint zur Sitzung.

Frau Dr. Jürgen möchte wissen, was passiert, wenn die Stadtverordneten dem nicht zustimmen.

Herr Woyde antwortet, dass Plan B ein Bebauungsplanverfahren wäre und man sich dann auch Gedanken darüber machen würde, eventuell das Einkaufszentrum umzustrukturieren.

Herr Jurtzik fragt, warum Herr Woyde den Plan als wirksam aber nicht mehr anwendbar bezeichnet hat.

Herr Woyde wiederholt, dass der Plan Rechtsmängel hat und den Bestand nicht abbildet.

Herr Jurtzik fragt, was inhaltlich geändert werden soll.

Herr Woyde wiederholt, dass sich am Markt nichts ändern wird.

Herr Jurtzik bedauert, dass in den städtebaulichen Vertrag keine neuen Festsetzungen zur Grünflächenplanung aufgenommen werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Nerlich** und **Herrn Scheidler** wiederholt **Herr Woyde**, dass der jetzige Bestand inklusive Toom-Baumarkt 16.524 m² umfasst.

Herr Lehmann bedauert, dass die Zuwegung nicht verändert wird.

Herr Jurtzik möchte wissen, wie in Zukunft verhindert werden kann, dass die Sortimente ausgeweitet werden.

Herr Mann antwortet, dass bereits jetzt sämtliche Sortimente zugelassen werden. Es geht bei dem Vorhaben um die Absicherung des Ist-Zustandes und letztendlich um die Sicherung des Verkaufsstandortes, der keine Gewerbebrache werden soll. Die Frage der Erschließung muss separat behandelt werden. Die Zuwegung ist eine öffentlich gewidmete Privatstraße, die nicht ohne Einziehungsverfahren geschlossen werden kann.

Herr Nerlich fragt, ob der Eigentümer das Einkaufszentrum verkaufen will und ob der städtebauliche Vertrag eine Zehnjahreslaufzeit bekommen kann.

Herr Woyde kann dazu nur sagen, dass die Mieter am Standort langfristig gesichert werden sollen und dass der städtebauliche Vertrag gegebenenfalls auch für den Rechtsnachfolger gelten würde.

Herr Jurtzik fragt erneut, was sich vor Ort genau ändern wird.

Herr Woyde wiederholt, dass sich nichts ändern wird. Ein kleiner Teil der Außenverkaufsfläche wird zur Lagerfläche und ein Teil der Shopzeile wird für Nicht-Einzelhandel genutzt.

Herr Mann bittet darum, dass sich die Fraktionen zu dem Vorhaben eine Meinung bilden und gegebenenfalls den Kontakt zum Stadtplanungsamt suchen. Er ist der Auffassung, dass die Stadtverordneten verpflichtet sind, der Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes zuzustimmen, um Rechtssicherheit für den Eigentümer herzustellen.

TOP 6. Vorstellung der Vorplanung Anhaltstraße durch das Ingenieurbüro

Herr Blank stellt die Vorplanung für die Sanierung der Anhaltstraße vor (Anlage 2).

Herr Jurtzik fragt nach dem Radverkehr.

Herr Schmeier antwortet, dass die Fahrbahnbreite für einen Radfahrerschutzstreifen nicht ausreicht. Generell ist es sicherer, wenn der Radverkehr auf der Fahrbahn präsent ist. Durch die schmalere Fahrbahn wird der Gehweg breiter und kann für den Radverkehr freigegeben werden. Aufgrund der Verkehrsbedeutung der Anhaltstraße soll das Vorhaben für das Förderprogramm Entflechtung angemeldet werden, deswegen ist die Fahrbahnbreite von sechs Metern erforderlich.

Frau Dr. Jürgen schlägt eine 30 km/h-Zone vor.

Herr Maetz fragt, inwieweit die Regenentwässerung verbessert werden kann und welche Qualität die Bestandsbäume aufweisen.

Herr Blank antwortet, dass in Absprache mit der Nuwab Verbesserungen für die Regenentwässerung geplant sind und dass in der weiteren Planung ein Baumgutachten zeigen kann, welche Bäume nach der Sanierung keine große Lebenserwartung mehr hätten.

Herr Schmeier ergänzt, dass Bäume mit einer Lebenserwartung von zehn Jahren und länger nicht angefasst werden. Durch die Öffnung des Streifens zwischen Fahrbahn und Gehweg wird die Situation für die Bestandsbäume optimiert. Diese wurden bereits begutachtet und bei kritischen Fällen wird ein Baumsachverständiger für die Entscheidung zugezogen.

Frau Walbrach schließt sich den Vorrednern an, was die Bedeutung des Radverkehrs angeht. Sie ist der Meinung, dass es für Kinder schwierig ist, dass in Luckenwalde unterschiedliche Verkehrsregelungen bezüglich des Fahrradverkehrs gelten. Sie fragt, ob die Straßenbreite ausreicht, um an parkenden Autos vorbei zu fahren.

Herr Blank bestätigt dies. Er wiederholt, dass der Platz für einen separaten Radweg nicht vorhanden ist.

Herr Jurtzik wiederholt die Bedeutung des Radverkehrs und findet es untragbar, dass bei einer solchen Planung kein Fahrrad erwähnt wurde. Generell müsse es ein Umdenken geben, um in Luckenwalde ein sicheres und komfortables Radwegenetz zu schaffen.

Herr Blank hielt den Radfahrer als Verkehrsteilnehmer in der Anhaltstraße für selbstverständlich.

Frau Dr. Jürgen fragt, ob untersucht wurde, wo die Autofahrer entlangfahren, die die Anhaltstraße wegen des Kopfsteinpflasters derzeit meiden. Sie schlägt vor, die Anhaltstraße nicht als „Autostraße“ zu sanieren, sondern zum Radweg umzubauen.

Herr Lehmann schlägt vor, den Abschnitt zur Einbahnstraße zu erklären. Der Vorschlag der 30 km/h-Zone überzeugt ihn nicht, weil die Einhaltung der Geschwindigkeit nicht kontrolliert werde.

Herr Blank gibt zu bedenken, dass die Anhaltstraße Zubringer zur B 101n ist und eine 30 km/h-Zone angeordnet werden muss.

Herr Scheidler schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen das Thema „Verkehrsproblem in der Stadt generell“ noch einmal grundsätzlich aufzugreifen.

Herr Mann erinnert an den bestehenden Verkehrsentwicklungsplan. Dieser, sowie der Lärmaktionsplan sollen fortgeschrieben werden und auch der Entwurf des Parkraumkonzeptes wird in einer der nächsten Sitzungen thematisiert.

Herr Nerlich fragt, ob ein LKW stadteinwärts von der Anhaltstraße in die Käthe-Kollwitz-Straße abbiegen können wird.

Herr Blank bestätigt dies.

TOP 7. Vorstellung der Vorplanung Rudolf-Breitscheid-Straße durch das Ingenieurbüro

Herr Schmeier betont, dass es sich um die Rudolf-Breitscheid-Straße im Abschnitt zwischen der Straße An den Giebeln und Mauerstraße handelt und entschuldigt sich dafür, dass dies in der Tagesordnung nicht präzisiert wurde. In diesem Abschnitt gibt es dringenden Handlungsbedarf. Seit Jahren kämpft die Nuwab dort mit enormen Entwässerungsproblemen bei Hausanschlüssen, Regen- und Schmutzwasserkanal. Entgegen der ursprünglichen Planung will man nun beide Fahrbahnseiten in diesem Abschnitt sanieren. Erste Vorabstimmungen mit der Unteren Denkmalbehörde hat es bereits gegeben.

Herr Blümner erläutert die Vorplanung. Im März 2018 hat es bereits eine Einwohnerversammlung dazu gegeben. Der bisherige Schmutzwasserkanal liegt zum Teil im Bereich der Bäume und ist so zugewurzelt, dass anstelle einer Sanierung nur ein Ersatzneubau im Fahrbahnbereich möglich ist. In diesem Rahmen will die Nuwab auch den in drei Meter Tiefe verlaufenden Regenwasserkanal und die Trinkwasserleitung erneuern.

Danach wird die Fahrbahn entsprechend den Wünschen der Denkmalbehörde mit dem vorhandenen Material in gleicher Weise optimiert wiederhergestellt. Die Bordanlagen werden entsprechend dem Muster wie z. B. in der Parkstraße erneuert und bei den Übergängen abgesenkt. Ein taktiler Taststreifen für Sehbehinderte ist eingeplant. Der Gehweg könnte für Radfahrer freigegeben werden. Der Mittelstreifen bleibt bestehen und alle Bäume werden erhalten. Die Parksituation bleibt wie gehabt. Variante 1 der Planung sieht vor, die Nebenanlagen zu unterteilen. Die im vorherigen Abschnitt bestehende Gehbahn aus Betonplatten würde weitergeführt und nur der Rest in teurerem Mosaiksteinpflaster gestaltet werden. Bei Variante 2 wird der gesamte Gehweg in Mosaiksteinpflaster ausgebaut, die Zufahrten in Kleinsteinpflaster. Für Variante 1 werden die Baukosten auf 554.000 Euro brutto geschätzt, für Variante 2 auf 590.000 Euro. Nach derzeitigem Stand soll der Bau im nächsten Jahr mit der südlichen Seite beginnen. Diese muss dann voll gesperrt werden. In einem zweiten Bauabschnitt wird die nördliche Seite unter Vollsperrung erneuert und die südliche Seite freigegeben.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Jürgen** wiederholt **Herr Blümner**, dass keine Bäume gefällt werden und betont, dass das die Arbeiten wg. Wurzelschutz und Handschachtungen sehr aufwändig machen wird.

Frau Dr. Jürgen schlägt vor, den breiten Gehweg zu entsiegeln.

Herr Blümner antwortet, dass die Baumscheiben vergrößert werden könnten. Der Gehweg sollte nicht schmaler gemacht werden.

Herr Jurtzik wiederholt seine Sorge bzgl. eines komfortablen Radwegenetzes. Einzelmaßnahmen isoliert zu betrachten, führe zu Stückwerk. Man müsse sich konzeptionell zu dem Thema verständigen.

Frau Herzog-von der Heide erinnert daran, dass man sich Prinzipien gesetzt hat, die z. B. in der Theaterstraße auch für den Radverkehr funktionieren. Der Straßenabschnitt in der Rudolf-Breitscheid-Straße muss jedoch gesondert betrachtet werden, weil die Struktur mit dem Mittelstreifen nicht auf andere Straßen übertragbar und wegen des bestehenden Denkmalschutzes auch nicht veränderlich ist. Die Bürger wurden intensiv beteiligt und haben sich eine Wiederherstellung mit Pflaster gewünscht. Dazu passt nach Meinung von Frau Herzog-von der Heide ein Gehweg in Mosaiksteinpflaster. Für einen separaten Radweg bietet der Straßenraum keinen Platz und es muss sich auch niemand umgewöhnen, weil die Situation für den Radfahrer dieselbe bleibt.

Herr Lehmann sieht den zunehmenden LKW-Verkehr in der Stadt als Verursacher der Straßenschäden und empfindet die auf der Fahrbahn parkenden Autos als Gefährdung. Er fragt, ob Wurzelsperren vorgesehen sind.

Herr Blümner bestätigt dies. Außerdem gibt es Überlegungen, die Hausanschlüsse zu verschweißen.

Herr Scheidler bittet darum, beim Einbau des Großsteinpflasters nicht das Verfahren aus der Baruther Straße anzuwenden. Er fragt, ob die Maßnahme finanziert werden kann, da die Straßenausbaubeiträge weggefallen sind.

Frau Herzog-von der Heide verweist auf die nächste Sitzung, in der die Konsequenzen aus dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge aufgezeigt werden. Die Maßnahme in der Rudolf-Breitscheid-Straße liegt im Sanierungsgebiet und man wird sehen, ob die Fördermittel eine Ausfinanzierung möglich machen.

Herr Maetz fragt nach den kleinen Gärten, die zum Teil noch vor den Häusern bestehen.

Herr Mann antwortet, dass ein Konsens zwischen Anwohnern und Denkmalbehörden ergeben hat, dass die Gärten wegfallen sollen.

TOP 8. Wahl 1. und 2. Stellvertreterin/Stellvertreter des Vorsitzenden

Herr Scheidler schlägt Herrn Neumann als 1. Stellvertreter vor und stellt den Antrag abweichend von der Regelung der Kommunalverfassung offen abzustimmen.

Herr Gruschka stellt den Antrag zur Abstimmung.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Antrag angenommen

Herr Gruschka stellt zur Abstimmung, Herrn Neumann zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden zu ernennen.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Herr Neumann erklärt sich mit der Wahl zum 1. Stellvertreter einverstanden.

Die Wahl der/s 2. Stellvertreterin/Stellvertreters wird vertagt.

TOP 9. Beschlussvorlagen

TOP 9.1. Berufung sachkundiger Einwohner für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung B-7022/2019

Herr Scheidler ergänzt für die Fraktion DIE LINKE/BV Herrn Hans-Jürgen Akuloff, Herrn Ralf Lindner und Herrn Tankred Flach.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft die in der Anlage dieser Beschlussvorlage aufgeführten Einwohner zu beratenden Mitgliedern (sachkundige Einwohner) in die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Zustimmung empfohlen

TOP 9.2. Zwischenbilanz über die Realisierung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes und Notwendigkeit der Fortschreibung A-7001/2019

Herr Gruschka betont, dass die beiden Anträge A-7001/2019 und A-7002/2019 inhaltlich zusammengehören.

Frau Herzog-von der Heide bittet die Antragsteller darum, dass man sich vorerst auf den ersten Punkt der Anträge, die Offenlegung der Abarbeitung des bestehenden Klimaschutzkonzeptes, beschränkt. Die übrigen Inhalte der Anträge sollen nicht wegfallen. Sie hält es jedoch für sinnvoll, sich zunächst den aktuellen Stand vor Augen zu halten und

daraus dann neue Ziele zu entwickeln. In der nächsten Ausschusssitzung würde die Verwaltung auflisten, inwieweit das Klimaschutzkonzept umgesetzt werden konnte.

Frau Walbrach wäre mit diesem Vorschlag einverstanden. Sie bittet um Fakten, die speziell auf Luckenwalde bezogen sind.

Frau Dr. Jürgen hält es für wichtig, die bisherigen Maßnahmen zu bewerten. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass es nicht weit genug greift, weitere Maßnahmen lediglich zu benennen, deswegen spricht sie sich gegen den zweiten Teil der Anträge aus.

Herr Scheidler erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit dem Vorschlag der Bürgermeisterin einverstanden. Den zweiten Teil werde die Fraktion dann im Herbst erneut in einem separaten Antrag als Beschluss einbringen.

Herr Maetz bezieht sich auf den Antrag A-7002/2019. Eine hundertprozentige Nutzung erneuerbarer Energien hält er im Hinblick auf das Fernwärmenetz, das mit Erdgas betrieben wird, für unsinnig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt seien weiterhin bereits gesetzlich dazu verpflichtet, den Erhalt der Artenvielfalt in Entscheidungen einzubeziehen.

Herr Scheidler wiederholt, dass der Punkt 2. des Antrages gestrichen wurde und später diskutiert werden könne.

Frau Dr. Jürgen spricht sich dafür aus, die Forderungen der Bewegung Fridays for Future in die Entwicklung künftiger Maßnahmen miteinzubeziehen und möchte außerdem dieses Thema mit den erst noch zu berufenden sachkundigen Einwohnern diskutieren.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass die Bundesregierung vorhabe, 80 Milliarden Euro für die Aufrüstung auszugeben. Er schlägt vor, stattdessen 10 Milliarden Bäume zu pflanzen.

Herr Nerlich trägt im Namen seiner Fraktion den ersten Punkt des Antrages der Fraktion DIE LINKE/BV mit.

Herr Jurtzik bittet darum, die Zuständigkeit der Stadtverordneten zu bedenken und bezieht sich dabei sowohl auf den Redebeitrag von Frau Dr. Jürgen als auch den von Herrn Lehmann.

Frau Dr. Jürgen fragt, was dagegen spreche, sich Meinungen von außen anzuhören.

Herr Gruschka schlägt vor, dass sich die Verwaltung mit den beiden Antragstellern verständigt, um zu einem einheitlichen Beschlusstext zu gelangen. Er stellt den gemeinsamen, auf die Analyse des bestehenden Klimaschutzkonzeptes beschränkten Antrag zur Abstimmung.

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Antrag geändert empfohlen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, eine Zwischenbilanz über die Realisierung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes zu ziehen und ggf. weitere eingeleitete Vorhaben zu benennen, die dem Klimawandel auf städtischer Ebene entgegen wirken.

behandelt

TOP 9.3. Klimanotstand - Fortschreibung Klimaschutz- und Energiekonzept A-7002/2019

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Stadtverordnetenversammlung im Monat Oktober 2019 die bisher erzielten Ergebnisse bei der Umsetzung des Klimaschutz- und Energiekonzeptes (KEK) und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung B-5576/2014 vom 27.01.2014 aufzuarbeiten und den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben.
2. Das Klimaschutzkonzept ist fortzuschreiben. Schlussfolgerungen zur weiteren Umsetzung in Jahresscheiben bis 2025 sind durch die Verwaltung zu erarbeiten und im ersten Quartal 2020 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei sollen folgende Ziele Berücksichtigung finden:

- Die Kohlenstoffdioxid-Emissionen der städtischen Einrichtungen sind zu erfassen und durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren. Die Null-Emissionen-Stadtverwaltung bis 2030 ist das Ziel.
 - Die Nutzung Erneuerbarer Energien ist durch die städtischen Einrichtungen zu forcieren und bis zum Jahr 2030 auf 100 Prozent zu bringen. Dazu zählt bspw. der Bezug von Ökostrom für alle städtischen Einrichtungen.
 - Durch die Städtischen Betriebswerke ist die Einrichtung von E-Ladesäulen zu realisieren.
 - Der Fuhrpark der Stadt Luckenwalde (Dienstfahrzeuge Rathaus, Wagen des Bauhofes soweit möglich) ist auf Elektromobilität umzustellen.
 - Um den innerstädtischen motorisierten Verkehr zu reduzieren, ist die kostenlose Bereitstellung der Stadtbuslinie zu erreichen. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu eine Machbarkeitsrechnung mit dem Ziel aufzustellen, das Projekt zu ermöglichen.
 - Die durch die Stadt und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantworteten Handlungen haben den Erhalt der Artenvielfalt und der Natur als Lebensgrundlage von Mensch-, Tier- und Pflanzenwelt anzustreben und sind darauf auszurichten.
 - Bei der Pflanzung mehrjähriger Gehölze bzw. neuer Bäume im Stadtraum werden ab sofort nur noch klimaextrem-tolerante, und nach Möglichkeit einheimische, Arten gewählt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung ist jährlich über den aktuellen Stand bzw. den Fortschritt der Umsetzung zu unterrichten.

behandelt

TOP 10. Sitzungstermine 2. Halbjahr 2019

Die Ausschussmitglieder sind mit den vorgelegten Sitzungsterminen einverstanden.

TOP 11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

TOP 11.1. Straßenbaumaßnahme Arndtstraße F-7001/2019

schriftlich beantwortet

TOP 11.2. Rederecht von Stadtverordneten in der Einwohnerfragestunde

Herr Jurtzik weist darauf hin, dass Stadtverordnete nicht das Recht hätten, in der Einwohnerfragestunde Fragen zu stellen.

TOP 11.3. Sanierung Parkstraße

Herr Neumann fragt, ob die verschobene und sehr schmale Einmündung von der neusanierten Parkstraße in den Kleinen Haag die Nutzung durch LKW oder Busse zulassen wird.

Herr Schmeier geht davon aus. Grundanliegen war es, die Fußgängerquerung des Kleinen Haag sicherer zu gestalten. Vom Gymnasium kommend wird man künftig geradlinig zum Kinovorplatz gelangen.

TOP 11.4. Baustart Umgestaltung ehemaliges Gaswerkgrundstück

Frau Walbrach fragt nach dem Baustart für den Parkplatz auf dem ehemaligen Gaswerkgelände.

Herr Schmeier antwortet, dass am 12. August 2019 mit dem Bau begonnen wird. Die naturschutzfachliche Genehmigung liegt vor. Ziel ist es, noch in diesem Jahr den Parkplatz fertigzustellen, vorausgesetzt das Wetter lässt das zu.

TOP 11.5. Tartanbahn

Frau Walbrach fragt nach dem aktuellen Stand zur Schaffung der Tartanbahn im Werner-Seelenbinder-Stadion. Ihr war nicht bekannt, dass die Flutlichtanlage auch erneuert werden muss.

Herr Reinelt fasst die Schwierigkeiten mit der Kostensteigerung, dem Aufstocken der Fördermittel durch den Landessportbund sowie der Eigenmittel durch die Stadt gemäß Beschluss im Mai etc. zusammen. Der Landessportbund hatte einige Zuarbeiten gefordert, die sich urlaubsbedingt verschoben hatten. Inzwischen konnten alle Fragen beantwortet

werden. Sobald der geänderte Fördervertrag, vielleicht noch in dieser oder der nächsten Woche vorliegt, wird der Verein den Auftrag auslösen. Auch die Problematik der Flutlichtanlage war bereits mit den Stadtverordneten besprochen worden. Der städtische Teil für die Verkabelung ist bereitgestellt. Der FSV kann mit einem Provisorium nicht leben und hat sich bereit erklärt, gemeinsam mit der LLG und der Stadt Luckenwalde für die Finanzierung der Flutlichtanlage zu sorgen.

Frau Walbrach hat gehört, dass man die Flutlichtanlage auf LED umstellen will.

Herr Reinelt widerspricht dem. LED-Beleuchtung würde die enormen Kosten um weitere 3.500 Euro erhöhen und es gibt keine Förderung dafür.

Frau Walbrach möchte wissen, wie lange die Bauphase dauern wird und was in dieser Zeit mit dem Schulsport passieren wird.

Herr Reinelt geht von etwa vier Monaten aus. Der Schulsport muss in Abstimmung ausweichen.

TOP 11.6. Freibad Elsthal

Herr Nerlich fragt, wie viele Schülerinnen und Schüler das Angebot, das Freibad Elsthal in den Sommerferien kostenlos zu besuchen, genutzt haben.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, etwa 4.400.

Herr Nerlich ist der Meinung, dass man gegenüber des Turms mit einer Absperrung dazu gezwungen werden müsste, den Duschbereich zu durchqueren. Des Weiteren rät er hier zu Tastarmaturen. Im Toilettenbereich sollten Niederdruckarmaturen mit Spartasten eingebaut werden, um den Wasserverbrauch zu senken. Anstelle der erneuerten Betonwege ohne Dehnungsfuge hätte er sich eine Befestigung mit Pflaster gewünscht.

Frau Herzog-von der Heide erinnert daran, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, jährlich 30.000 Euro für Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten im Freibad auszugeben. Die Bedarfe werden mit dem Betreiber besprochen und wenn dieser die Sachverhalte ähnlich sieht, könnten diese Vorschläge beim nächsten Mal in Angriff genommen werden.

TOP 12. Informationen der Verwaltung

TOP 12.1. Vorstellung von Arbeitsschwerpunkten im 2. Halbjahr 2019

SWU-Arbeitsplan, 2. Halbjahr 2019

Übersicht an Themen, die die Verwaltung in die SWU-Ausschussarbeit einzubringen plant. Die Terminzuordnung dient der Orientierung. Verschiebungen können notwendig werden.

Thema	10.9.	22.10.	19.11.	Federführung
Entwicklung der Hochschulpräsenzstelle			X	80
Parkraumkonzept	X			61
GRW-Regionabudget			X	80
Einwohnerbeteiligungssatzung		X		
Straßenausbauprogramm 2019-24	X			66
Abschaffung der Straßenbaubeiträge und	X			60

Folgewirkung				
Vorstellung der Planung Spielplatz Neue Baruther und Beschreibung der Kinderbeteiligung			X	66
Umweltschutz durch Radverkehr, Sachstand		X		61/66
Fortschreibung Lärmaktionsplan			X	61
Klimaschutz, Zwischenbilanz	X			61
Städtebaulicher Vertrag B-Plan Färberweg		X		61
Städtebaulicher Vertrag Burg	X			61
Vorbereitende Untersuchung Karree			X	61
Hortneubau + Außenanlage, Fortsetzung Planung		X		60
Rathaussanierung, Sachstand			X	60
Salzlager, Planung		X		60
Akademie für Gesundheitsberufe	X			61
Zuständigkeitsordnung		X		13

TOP 12.2. Aufruf zum Stadtradeln

Herr Mann informiert darüber, dass Luckenwalde vom 31. August bis zum 20. September 2019 wieder an der Aktion Stadtradeln teilnimmt.

TOP 12.3. Radweg L73

Herr Mann informiert darüber, dass die gemeinsamen Teilnehmer des Stadt-Umland-Wettbewerbs sich heute mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung darauf verständigt haben, mit einem erhöhten Fördersatz von 2,5 Millionen Euro den Radweg an der L73 umzusetzen. Im Gegenzug wird auf die Maßnahme des Fahrradparkhauses in dieser Förderperiode verzichtet. Die Kommunen entlang der Bahnlinie werden Fahrradboxen erhalten und anders wäre die Finanzierung des Radweges, vor allem für Nuthe-Urstromtal, nicht möglich. Die Planungsleistung ist ausgeschrieben, Linienbestimmung, Umweltvorprüfung und Trägerbeteiligung liegen schon vor. Dennoch herrscht Zeitdruck, weil alle Maßnahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbes bis zum 29.06.2022 umgesetzt und abgerechnet sein müssen. Für die geplante Akademie für Gesundheitsberufe werden 4 Millionen Euro zurückgehalten, da die Abstimmungen mit dem neuen Krankenhausbetreiber noch ausstehen.

TOP 13. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Um 20:59 Uhr wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Herr Maetz verlässt die Sitzung.

Peter Gruschka
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00